Politik beginnt vor Ort

Wahlprogramm GRÜNE Detmold 2014

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

für Detmold

Wahlprogramm Grüne Detmold 2014

1. Nachhaltige Politik beginnt vor Ort 4
1.1 Unsere Bilanz 2009 – 2013 5

2. Detmold nachhaltig entwickeln und menschengerecht gestalten..... 8
2.1. Ökologische Stadtentwicklung 8
2.1.1. Flächenverbrauch stoppen..... 8
2.1.2. Die Innen- und Kernstadt lebenswert und attraktiv gestalten und erhalten 10
2.1.3. Mehr Grün in der Stadt 11
2.1.4. Gutes Wohnen für alle..... 11
2.2. Gut vorankommen in Detmold 13
2.2.1. Mit Bus und Bahn voran 14
2.2.2 Für eine Stadt der kurzen Wege 15
2.2.3 Schneller mit dem Rad 15
2.2.4 Sicherer zu Fuß..... 16
2.2.5 Die Blechschlange im Zaum halten 17
2.3 Die Energiewende vor Ort organisieren..... 19
2.3.1 Energiewende ist gelebte Demokratie..... 21
2.3.2 Stadtwerke-Versorgung von uns für uns..... 21
2.3.3 Energiewende konkret gestalten..... 22
2.3.4 Klimaschutzkonzept weiterentwickeln 23
2.4. Die Natur kann auch ohne uns.....24
2.4.1 Den Wert aller Lebewesen achten . 25
2.4.2 Wasser ist Leben..... 26
2.4.3 Wertvolle Rohstoffe sichern..... 27
2.4.4 Essen und Trinken regional und ökologisch 28

3. Für Kinder und Jugendliche in Detmold den Weg frei machen..... 29
3.1. Lebenslanges Lernen sichert die Zukunft unserer Stadt..... 29
3.1.1. Bildung beginnt in der Kita 30
3.1.2. Detmolds Schulstruktur leistungsfähig weiterentwickeln 31
3.1.3. Ganztagsschulen ausbauen..... 33
3.1.4. Schulsozialarbeit verbessern 34
3.1.5. Inklusion voranbringen 35
3.2. Politik für Jugendliche – von Jugendlichen 37
3.2.1. Detmold aktiv mitgestalten 37
3.2.2. Chancen bieten und nutzen 37
3.2.3. Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen fördern 39

4 Eine Stadt für alle – Detmold weltoffen und vielfältig.... 40
4.1. Durch soziale Gerechtigkeit Armut bekämpfen 40
4.2. Energiekosten durch Einsparung sozial gestalten..... 42
4.3. Für bessere Erwerbschancen von Frauen und eine Umverteilung der Familienarbeit..... 43
4.4. Für ein gewaltfreies und selbstbestimmtes Leben - für mehr Prävention und Intervention 44
4.5. Kinder fördern – Eltern stärken 46

5. Buntsein als Chance..... 48
5.1. Flüchtlinge offen aufnehmen 48
5.2. Keine Chance dem Rechtsextremismus 49
5.3. Kultur als Bindeglied der modernen Gesellschaft 50
5.3.1. Kulturelle Vielfalt als notwendige Grundlage für Inspiration und Kreativität..... 51
5.3.2. Kulturelle Teilhabe ist kein Luxusgut, sondern ein menschliches Grundbedürfnis..... 52

Diese Kandidatinnen und Kandidaten und unser Bürgermeisterkandidat 54

Adressen
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN..... 56

1. Nachhaltige Politik beginnt vor Ort

Politik beginnt vor Ort ist und war und bleibt das Motto des Kommunalwahlprogramms der Detmolder GRÜNEN. Nicht nur in Berlin oder Düsseldorf entscheidet die Politik, sondern in ganz vielen Bereichen auch in Detmold. Daran hat sich in den letzten 5 Jahren nichts geändert, denn noch immer bestimmt der Stadtrat über Fragen der Stadtentwicklung im Bereich des Bauens, des Umweltschutzes, der Verkehrsplanung, aber auch der Schullandschaft, der Kulturförderung, der Energiepolitik und der Jugendarbeit, um nur einige Beispiele zu nennen. Das Klima im wörtlichen und übertragenen Sinne in Detmold wird von der Politik im Stadtrat entscheidend mit geprägt. Wir wollen uns auch in Zukunft für eine Stadt stark machen, in der die Gleichstellung von Frauen und Männern, der Schutz von Minderheiten und Einkommensschwachen ebenso normal sind wie eine kulturelle Vielfalt und ein nachhaltiger Umgang mit unserer Umwelt.

Politik beginnt vor Ort bedeutet insbesondere, dass die Bürgerinnen und Bürger in die städtischen Planungen mehr einbezogen werden müssen. Die Umgestaltung des Walls und des Rosentals gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger zeigt, dass sich der politische Stil in Detmold in den letzten Jahren in Richtung „Obrigkeitsstaatlichkeit“ entwickelt hat.

Politik beginnt vor Ort bedeutet aber auch, dass wir in Detmold auch unter unterschiedlichen Mehrheiten der Bundes- und Landesregierungen unsere GRÜNE Eigenständigkeit behalten haben und vor Ort für eine ökologische und soziale Kommunalpolitik stehen. Da, wo wir mit der überregionalen Politik auch unserer Partei nicht einverstanden sind, äußern wir unsere Kritik deutlich. Dass wir in Detmold für eine unabhängige Politik stehen, zeigt sich auch daran, dass in unserer Ratsfraktion Parteilose mitarbeiten.

Nachhaltige Politik bedeutet, dass wir in ökologischer, sozialer und finanzieller Hinsicht unseren Kindern nicht Altlasten oder Schulden hinterlassen dürfen. Die GRÜNEN richten ihre Politik daher immer daran aus, was dauerhaft verantwortbar ist. Es muss der Grundsatz gelten, dass wir heute nicht mehr an finanziellen und ökologischen Grundlagen verbrauchen dürfen, als wir selber im gleichen Zeitraum produzieren bzw. uns zur Verfügung stehen.

Nachhaltige Politik bedeutet aber auch, dass wir uns dem demografischen Wandel in unserer Stadt und unserer Gesellschaft insgesamt stellen müssen. Dieser Wandel darf nicht reduziert werden auf die Lebenssituation von Senioren; vielmehr ist eine Integration aller Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Alter, Herkunft oder sozialer Stellung erforderlich.

Die GRÜNEN haben in den vergangenen 5 Jahren mit einem geschlossenen Team wichtige Akzente in der Detmolder Politik gesetzt. Mit diesem Programm stellen wir unsere Ziele für die kommende Legislaturperiode vor, in der wir die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre fortsetzen möchten. Dazu brauchen wir Ihre Stimme!

1.1 Unsere Bilanz 2009 – 2013

Mittlerweile sind die GRÜNEN 30 Jahre im Detmolder Rat vertreten. Nach einer Phase der Opposition bis Mitte der 90er Jahre haben wir es geschafft, immer größeren

Einfluss auf die Stadtpolitik zu nehmen. Vor allem im Bereich Klimaschutz und bei der finanziellen Absicherung der Stadt ist uns dies gelungen.

Diese Entwicklung wurde Ende 2012 jäh gestoppt, als SPD und CDU eine große Koalition vereinbarten. Seitdem gibt es in wichtigen Politikfeldern ein Roll-Back. Zudem sind Ausschüsse und Rat nur noch Akklamationsgremien für das im Vorfeld von der GroKo und der Verwaltung festgelegte Abstimmungsverhalten.

In der Kommunalwahl 2009 erreichten die GRÜNEN das zweitbeste Wahlergebnis seit Gründung in Detmold. Weder CDU noch SPD verfügten über eine eigene Mehrheit und konnten nur untereinander oder mit uns sowie einer weiteren der kleinen Parteien eine Mehrheit bilden.

Von der SPD war eine Zusammenarbeit mit den kleinen Parteien aber – anders als in der Vergangenheit – nach der halben Wahlperiode nicht mehr gewollt. Die SPD hat sich in den letzten 5 Jahren als reine Verwaltungs- und Bürgermeisterunterstützungspartei positioniert. Hier ist es konsequent, dass sie - wie auch im Kreis - mit der CDU eine große Koalition eingegangen ist.

In Detmold ist die frühere dynamische Stadtentwicklung zum Stillstand gekommen. Das lebendige und grüne Stadtbild wurde Zug um Zug (Rosental, Marktplatz, Wall) langweilig im Stil preußischer Kleinstädte umgestaltet. Hierzu passt, dass die Bürgerbeteiligung auf das formal-gesetzlich erforderliche Maß reduziert wurde; echte Bürgerbeteiligung sieht anders aus. Auch beim Klimaschutz, der Unterbringung von Flüchtlingen oder der Schulpolitik geht der Weg direkt zurück in die 70er Jahre.

Besonders wichtig war uns, dass die Stadt angesichts wegbrechender Einnahmen ihren finanziellen Spielraum behält. Dies führte natürlich zu Kürzungen, die aber möglichst gleichmäßig verteilt wurden, so dass es nicht zum Zusammenbruch von-

bürgerschaftlichem Engagement oder sozialer Einrichtungen gekommen ist. Diesen Prozess der finanziellen Konsolidierung maßgeblich bestimmt zu haben ist ein besonders großer Erfolg der GRÜNEN.

Die GRÜNEN konnten in den vergangenen fünf Jahren zahlreiche wichtige Anliegen umsetzen. Exemplarisch sind hier zu nennen:

- die Umsetzung des städtischen Klimaschutzkonzeptes
- Der Strom in Detmold ist atomstromfrei.
- der Erhalt und Ausbau ökologischer Standards wie z. B. der Ausbau des Förderprogramms zur nachträglichen Wärmedämmung und Energieberatung
- der Erhalt aller vier Freibäder
- die Unterstützung des Rolfschen Hofes als Umweltbildungsstätte
- der Ausbau eines attraktiven Busverkehrs
- die Neuplanung der Verkehrsführung am Hasselter Platz
- der Ausbau der Ganztagsbetreuung an allen Detmolder Schulen
- die Sanierung von Schulen und Turnhallen
- der Erhalt einer finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt

In anderen Bereichen hatten wir keinen Erfolgt. Hierzu zählen:

- eine Stadtentwicklungspolitik, in der Ziele wie Nachhaltigkeit oder die Anpassung an den demografischen Wandel nur in Sonntagsreden vorkommen
- eine aufs Auto fixierte Verkehrspolitik mit Verschlechterungen für Radfahrer und Fußgänger
- eine Baum-ab-Politik in der Innenstadt, wo Grünes immer wieder pflegeleichtem Beton weichen muss
- das Roll-Back beim Klimaschutz wie z. B. die Rücknahme des Passivhausstandards bei Neubauten

2. Detmold nachhaltig entwickeln und menschengerecht gestalten

2.1. Ökologische Stadtentwicklung

Die Stadt Detmold erfüllt für ihre Einwohner und Besucher die unterschiedlichsten Funktionen. Sie bietet auf engem Raum ein Miteinander von Wohnen, Freizeit und Arbeiten und sorgt dabei für ein Angebot an Wohnraum, Schulen, Kindergärten, Verwaltungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

Gleichzeitig versucht sie, für die Betriebe möglichst gute Bedingungen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen zu schaffen, angepasst an die Anforderungen einer modernen Gesellschaft, aber begrenzt durch die endlichen Ressourcen vor allem bei Boden, Wasser, Luft und Energie.

Allerdings ist eine Stadt auch Naturraum, bei allem Zuschnitt auf die Bedürfnisse des Menschen. Der behutsame und vorausschauende Umgang mit allen natürlichen Vorräten zeichnet eine vernünftige Stadtentwicklung aus und nicht der kurzfristige Effekt.

Die verschiedenen Aufgaben der Stadt können nicht isoliert verfolgt werden. Alle sind eng miteinander verbunden, sie stehen zueinander in Abhängigkeit. GRÜNE Stadtentwicklungspolitik ist deshalb ganzheitlich, sie orientiert sich an Oberzielen und beurteilt Maßnahmen immer nach ihren Wechselbeziehungen und ihrer Langfristigkeit.

2.1.1. Flächenverbrauch stoppen

Der Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes beinhaltet das Ziel, die **tägliche** Zunahme von Siedlungs- und Verkehrsfläche bis 2020 auf 5 ha zu begrenzen, langfristig – also irgendwann oder nie - Netto-Null zu erreichen. Die Stadt Detmold reagiert auf diese Initiative, indem sie vor Inkrafttreten des Planes große Gewerbeflächen neu ausweist, d.h. sie unterstützt die formulierten Ziele der Landesregierung in keiner Weise, sondern wirkt diesen entgegen.

Wulf-Dieter Herrmann
63 Jahre,
Dipl.-Kaufmann/
Baumschulgärtner,
Listenplatz 2,
Wahlbezirk 1
Innenstadt/Markt

Die anderen Parteien und die Verwaltung erkennen nicht an, dass Boden endlich ist. Sie handeln weiterhin nach dem Motto: Ein bisschen geht noch; dabei lag die Siedlungsfläche Detmolds bereits 2002 deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Sie war zuvor innerhalb von 25 Jahren von 13% auf 22% gestiegen.

Wir treten ein für

- die konsequente Umsetzung des Ratsbeschlusses, keine Wohnbauflächen auf der ‚Grünen Wiese' mehr auszuweisen.
- einen gleichlautenden Ratsbeschluss für Gewerbe- und Industrieflächen, d.h. keine neuen Gewerbeflächenausweisungen in der freien Landschaft und ggf. die Rücknahme von solchen Flächen.
- mehrgeschossiges Bauen bei Gewerbebauten. Dies muss verstärkt durchgesetzt werden, soweit es der Landschaft angemessen und zuzumuten ist. Bei dem heutigen Stand der Technik ist dies bautechnisch möglich, was durch aktuelle Anträge von großen Detmolder

Betrieben im westlichen Gewerbegebiet belegt wird.
- konsequente Lenkung von Bauwünschen für Wohnen und Gewerbe auf Baulandreserven im Innenbereich, auf bereits überplanten Flächen, durch Umbau und Abriss von vorhandenen Gebäuden und die Nutzung von Brachflächen und Bauruinen.

2.1.2. Die Innen- und Kernstadt lebenswert und attraktiv gestalten und erhalten

Ein Schwerpunkt der Stadtentwicklungspolitik ist die Detmolder Kernstadt. Um für Umgestaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen in diesem Stadtteil Fördermittel beantragen zu können, hat die Verwaltung unter Beteiligung von Politik und Öffentlichkeit ein „Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK)“ aufgelegt, das Maßnahmen beinhaltet, die bis 2018 umgesetzt werden sollen.

Das Grundanliegen dieses Konzepts zur Attraktivitätssteigerung und zur Verbesserung der Wohnungssituation in der Innenstadt wird von uns GRÜNEN geteilt, viele Projektvorschläge bleiben aber hinsichtlich ihrer ökologischen Konsequenzen verschwommen. Vor allem bei der Umsetzung einiger Projekte, die die Aufwertung von Grünanlagen und Wegeverbindungen zum Ziel haben, sehen wir große Gefahren für das vorhandene Grün, für den Bestand an alten Bäumen. Wir fürchten, dass bei allen Maßnahmen im ‚Grün-Bereich’ die neue Gestaltung des Walls als Vorbild genommen wird, d.h. alte Bäume weg, neue her, wenn’s der Verwaltung passt.

Daher haben wir bisher dem ‚Gesamtpaket ISEK’ unsere Zustimmung verweigert.

Wir treten bei der Umsetzung des ISEK ein für

- den Erhalt aller alten Bäume bei Maßnahmen an Grünanlagen und Wegeverbindungen (z.B. Bahnhofstraße, Hermannstraße, Kaiser-Wilhelm-Platz, Schlossplatz).
- die Ausweitung der Aufwertung und Umgestaltung der Fußgängerzone auch auf den Bereich Bruchstraße.

2.1.3. Mehr Grün in der Stadt

Alle politischen Vertreter in der Stadt und die Verwaltung sprechen sich für Bäume in der Stadt aus, wenn man sie fragt. Tatsächlich und vorbehaltlos setzen sich nur die GRÜNEN vor allem für den Erhalt von alten Bäumen und mehr Neuanpflanzungen ein. Vorgebrachte Gründe für das Fällen von Bäumen sind vielfältig: Straßen- und Kanalerneuerungen, Wurzelerhebungen, Standfestigkeitsprobleme, Beschattung… Fast immer ist Fällen die einfache Lösung des Problems, wenn Bäume im Wege stehen, selten werden Umstände gemacht. Dabei sind Pflanzen im Allgemeinen so wichtig für die Lebensqualität und den Klimaschutz und ein alter Baum bindet hundertmal mehr schädliches CO_2 als ein junger.

Deshalb treten wir ein für

- den Erhalt von alten Bäumen bei allen Baumaßnahmen.
- Ersatzpflanzungen für gefällte alte Bäume in der direkten Umgebung und in größerer Anzahl.
- deutlich mehr neue Bäume bei der Neugestaltung der Fußgängerzone und bei allen Neugestaltungen von Straßen.
- die Abkehr von der ‚modernen’ Gestaltung von Beeten mit Kies im öffentlichen und privaten Bereich.

2.1.4. Gutes Wohnen für alle

Eine gute Wohnung ist kein Luxusgut, sondern eine unverzichtbare Lebensgrundlage. Die Stadt Detmold trägt durch Bauleitplanung, Baugenehmigungen und Wohnumfeldgestaltung, aber auch durch Förderung und Sozialleistungen zur Erfüllung dieses Anspruchs bei.

Dabei müssen die unterschiedlichen Lebensformen und Lebensentwürfe mit ihren Auswirkungen auf den Wohnungsbedarf im Mittelpunkt stehen. Dies gilt insbesondere für die Förderung alternativer und altersgruppenübergreifender Bauprojekte.

Zukunftsfähige Wohnungspolitik in unserer Stadt heißt daher in erster Linie die Qualität im Auge zu haben. Das soziale Wohnen, die Barrierefreiheit sowie die energetische und Ausstattungsmodernisierung müssen zusammen gedacht werden.

Der seit Jahren andauernde und demnächst zum Abschluss kommende Rückzug der britischen Streitkräfte aus Detmold ruft zum Teil noch ungelöste Probleme der Stadtentwicklung und des Wohnens hervor.

Die städtebauliche Situation und soziale Struktur im Ortsteil Herberhausen mit in Teilen erkennbarer Bestandsvernachlässigung, die Suche nach Folgenutzungen für die denkmalsgeschützten Kasernengebäude an der Richthofenstraße und die Gestaltung und Nutzung der freiwerdenden Wohnungen zwischen Siegfriedstraße und Richthofenstraße erfordern in der kommenden Wahlperiode die Entwicklung sozial- und wohnungsbaupolitischer Instrumente durch Rat und Verwaltung.

Wir treten dafür ein,

- alternative und genossenschaftliche Wohnungsprojekte zu unterstützen und zu fördern.
- durch kommunale Beratung und eigenes Handeln die Barrierefreiheit des öffentlichen Raums, der öffentlichen Gebäude und möglichst vieler Wohnungen voranzubringen.
- ehemals militärisch genutzte Liegenschaften nach sozialen, städtebaulichen und ökologischen Kriterien zu entwickeln.

2.2. Gut vorankommen in Detmold

Eine veränderte Mobilität muss zukünftig eines der Hauptziele sein, um eine lebenswerte Umwelt zu sichern, denn:

- Rund 30% der CO_2-Emissionen werden nur durch den motorisierten Verkehr erzeugt.
- Mit den immer größer werdenden Fahrzeugen verbrennen wir unwiederbringlich einen unserer wichtigsten Rohstoffe.
- Der ständig zunehmende Verkehrslärm in den Städten ist gesundheitsgefährdend und belastet dauerhaft die Menschen.
- Durch neue Straßen wird nachweislich die Verkehrsbelastung weiter erhöht. Dies schädigt die Umwelt zunehmend durch Zerstörung der Landschaft, Schadstoffausstoß und natürlich Lärm.

Eine wirkliche Weiterentwicklung zu sparsamen Autos ist weiterhin nicht in Sicht und alle Effizienzgewinne der technischen Neuerungen der letzten Jahre wurden immer wieder zunichte gemacht durch größere und schwerere Fahrzeuge mit sehr schlechten CO2-Werten. Der bundesweit ständig zunehmende Verkehr wird zukünftig nicht mehr nur durch einen weiteren Ausbau unseres Straßennetzes zu beherrschen sein sondern erfordert ein Umdenken jedes Einzelnen zu einem geänderten Mobilitätsverhalten. Dieses kann aber nur erreicht werden, wenn auch realistische Alternativen angeboten werden und die Bedingungen für die Nutzung von anderen Verkehrsmitteln verbessert werden.

Dafür fordern die Detmolder GRÜNEN, dass Autofahrende, der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), Radfahrende, Fußgängerinnen und Fußgänger als gleichwertige Verkehrsteilnehmende anerkannt und bei allen Planungen entsprechend berücksichtigt werden.

Aktuelle Verkehrsuntersuchungen haben gezeigt, dass in Detmold die meisten zurückgelegten Wege höchstens acht Kilometer lang sind

und sich innerhalb der Stadtgrenzen befinden. Zusätzlich gibt es in Detmold einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Autoverkehr und vergleichsweise wenig Fahrradverkehr. Hier ist dringender Handlungsbedarf.

Deshalb haben sich die GRÜNEN entscheidend und erfolgreich dafür eingesetzt, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auch in Detmold auszubauen. Wir sind stolz darauf, im Rahmen des ÖPNV die Entwicklung eines innovativen, bürgernahen Verkehrskonzepts gefordert und durchgesetzt zu haben. Zu den Erfolgen rechnen wir auch die beschlossenen Maßnahmen zur Busbeschleunigung und zur Parkraumbewirtschaftung.

2.2.1. Mit Bus und Bahn voran

Um eine verlässliche Alternative zum Individualverkehr zu schaffen, muss der öffentliche Personennahverkehr weiterentwickelt werden und sich ständig neuen Bedürfnissen anpassen. Wichtig ist, dass der Einzelne durch gute Verbindungsmöglichkeiten unterschiedlicher Verkehrsmittel schnell zum Ziel kommt. Anreize wie das bestehende Umweltabo mit besonderen Vergünstigungen für Familien und einkommensschwache Personen und das Schülerticket müssen erhalten und weiterentwickelt werden.

Deshalb treten wir dafür ein,

- das Busbeschleunigungskonzept weiter zu entwickeln.
- alle Ortsteile regelmäßig mit Bussen oder Anrufsammeltaxi zu bedienen.
- Car-Sharing zu erhalten und attraktiver zu machen.
- das Umwelt-Abo zu erhalten.
- die Bahnverbindungen von und nach Detmold nicht weiter auszudünnen.
- sichere Fahrradabstellanlagen am Bahnhof und den Bushaltestellen in den Ortsteilen auszubauen.

2.2.2 Für eine Stadt der kurzen Wege

Die Strukturen unserer Siedlungen sind an die Möglichkeiten, die das Auto bietet, in jahrzehntelanger Planungstätigkeit angepasst worden. Noch immer wird Verkehr dadurch produziert, dass Bereiche für Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Bildung und Freizeitgestaltung räumlich völlig getrennt werden. Hier sind stadtplanerische Korrekturen notwendig.

Deshalb treten wir ein für

- den Erhalt und die Förderung von Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Dienstleistungen in den einzelnen Stadt- und Ortsteilen, damit es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht wird, die notwendigen Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückzulegen.
- die Umsetzung der Verkehrsplanungen für Hiddesen und Heidenoldendorf, die in den Ortsteilen mit den Anwohnern entwickelt wurden und eine Umgestaltung der Verkehrsflächen und eine Attraktivitätssteigerung der Ortsteile zum Ziel haben.

2.2.3 Schneller mit dem Rad

Das Fahrrad muss im Straßenverkehr zum gleichberechtigten, attraktiven und sicheren Verkehrsmittel werden. Untersuchungen der Verkehrssituation in der Innenstadt und die Erfahrungen vieler Detmolder Fahrradnutzerinnen und -nutzer kommen zu dem Ergebnis, dass es an verschiedenen Stellen erheblichen Handlungsbedarf hinsichtlich einer transparenten, sicheren und zeitsparenden Radverkehrsführung gibt.

Deshalb treten wir ein für

- gut ausgebaute Radverkehrswege und kurze Routenführungen, z.B. zwischen den Ortsteilen und der Kernstadt. Dazu ist eine aktuelle Radwegeentwicklungs-

Birgit Reher
52 Jahre,
Dipl. Ing. Lebens
mitteltechnologie,
Listenplatz 11,
Wahlbezirk 22
Pivitsheide V.L.

planung unter Berücksichtigung der technologischen Entwicklungen bei Fahrrädern, z.B. E-Bikes, erforderlich.
- die Berücksichtigung der Radfahrerinnen und Radfahrer als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer bei allen Verkehrsplanungen.
- die Prüfung der Möglichkeit, Mehrzweckstreifen für die Einrichtung von Fahrradwegen umzunutzen.
- Vorrangschaltungen an Ampeln für Radfahrer.
- die Ausweisung von durchgängigen und sicheren Fahrradwegen zu den Detmolder Schulen.
- gesicherte Fahrradparkplätze, die benutzerfreundlich gestaltet sind.

2.2.4 Sicherer zu Fuß

Immer stärker wird der gesundheitliche Aspekt von Bewegung für alle Altersgruppen propagiert. Dieses sollte sich aber nicht nur auf das Spazierengehen in der Natur beziehen, sondern für alle kurzen Alltagswege eine attraktive Alternative sein. Hierfür muss es allerdings auch eine entsprechende Infrastruktur geben, denn alle, die in Detmold zu Fuß gehen, haben ein Anrecht darauf, sich sicher und schnell bewegen zu können und als gleichwertige Verkehrsteilnehmende anerkannt zu werden. Insbesondere Schulwege müssen sicher gestaltet werden.

Deshalb treten wir ein für

- ausreichend dimensionierte Fußwege, die nur dann auch als Radweg genutzt werden sollten, wenn ein gefahrloses Miteinander gegeben ist.
- den Erhalt und Ausbau von schnellen Fußwegeverbindungen in der Innenstadt und den Stadtteilzentren.
- den Ausbau von Querungshilfen an Stellen, die kurze Wegeverbindungen darstellen, wie z.B. an der Paulinenstraße zwischen Kaiser-Wilhelm-Platz und Grabbestraße.
- Werbung in den Grundschulen für das Zufußgehen der Schülerinnen und Schüler und die Einführung von begleiteten Schulwegen nach dem Prinzip des „walking bus“.

2.2.5 Die Blechschlange im Zaum halten

Verkehrslärm und der Schadstoffausstoß der Fahrzeuge werden als besonders gesundheitsschädigend eingestuft und beeinträchtigen die Lebensqualität stark.

Auch wenn nach Prognosen zukünftiger Verkehrsentwicklung bedingt durch sinkende Einwohnerzahlen tendenziell von einem Rückgang des Pkw-Verkehrs ausgegangen werden kann, müssen bei allen Verkehrsplanungen die gesundheitlichen Belange stärker in den Blick genommen werden.

Nur durch eine integrierte Verkehrspolitik, die einen Verbund aller Mobilitätsarten fördert, können die Belastungen durch den Pkw -Verkehr gebremst werden.

Deshalb treten wir ein für

- die Umsetzung von lärmmindernden Maßnahmen an besonders belasteten Straßenabschnitten, wie z.B. den Einbau von Flüsterasphalt und die Reduzierung der Geschwindigkeit.
- die Unterlassung des Ausbaus der B 239 im Anschlussbereich des Nor-

drings, da viel wertvoller Naturraum zerstört würde.
- die Konzentration des Kfz-Verkehrs auf die Hauptstraßen und die Unterbindung von „Schleichverkehren“ durch die Wohngebiete.
- die Beratung und Entwicklung von Mobilitätskonzepten für Betriebe, um neben dem Pkw auch andere Verkehrsmittel für Arbeitswege zu fördern.

Parkplätze sind in der Regel Zuschussgeschäfte, die mit Steuermitteln unterstützt werden müssen und oft neue Flächen versiegeln. In der nächsten Wahlperiode wird dabei insbesondere die Parkplatzsituation im Bereich des Klinikums und des Bahnhofs im Mittelpunkt stehen. Dabei gehen wir davon aus, dass das Klinikum in erster Linie selbst verantwortlich ist für die Lösung seiner Parkprobleme.

Wir treten dafür ein,

- den Neubau eines Parkhauses auf dem Parkplatz des Finanzamtes nur zu realisieren, wenn keine zusätzlichen Verluste für die SVD entstehen.
- Park-and-ride-Plätze am Bahnhof zu schaffen. Dafür sollten die vorhandenen Parkplätze am Kronenplatz genutzt werden. Entscheidend ist die Schaffung eines direkten Zugangs vom Kronenplatz zu den Gleisen.
- die Parkraumbewirtschaftung in der bisherigen Form beizubehalten.
- die Kopplung zwischen den Busfahrpreisen der SVD und den Parkgebühren wieder herzustellen.

Karsten Schmeißner
53 Jahre,
Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung,
Listenplatz 2,
Wahlbezirk 2
Innenstadt / Nord

2.3 Die Energiewende vor Ort organisieren

Die Energiewende ist mit Blick auf den Klimaschutz und unsere Lebens- und Wirtschaftsperspektive die zentrale gesellschaftliche Aufgabe der nächsten Jahre. Dabei müssen zwei Aufgaben gleichzeitig bewältigt werden:

- Der Atomausstieg muss vollzogen und eher noch beschleunigt werden.
- Die CO_2-Emissionen müssen gleichzeitig gesenkt werden, d.h. Atomstrom darf nicht durch Kohlestrom ersetzt werden.

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist in Deutschland sehr stark vorangekommen. Immer deutlicher wird, dass nichtregelbare Atom- und Braunkohlekraftwerke den weiteren Ausbau behindern und die Stromleitungen „verstopfen“. Der Ausstieg aus Atomenergie und Braunkohle muss daher beschleunigt werden. Hierzu können auch wir in Detmold beitragen.

Energiewende darf sich aber nicht auf den Strom beschränken. Auch im Wärmebereich muss der Verbrauch reduziert und auf effektive Energieträger wie Fernwärme oder erneuerbare Energien umgestellt werden.

In Detmold wurde in den letzten 5 Jahren - nicht zuletzt auf Grund GRÜNER Initiativen – vieles erreicht:

- Die Stadtwerke sind auf Antrag der GRÜNEN atomstromfrei.
- Die Fernwärme wird stark ausgebaut.
- Die Wärmeversorgung wurde weitestgehend auf erneuerbare Energien umgestellt (Wärmeleitung Glunz, Holzheizwerk Hohenloh, Biogasaufbereitung).
- Der Anteil regenerativer Energien an der Stromversorgung Detmolds steigt kontinuierlich und wird sich 2014 auf Grund der Beteiligung der Stadtwerke am Windpark Borkum weiter erhöhen.
- Die Energieberatung inkl. der Förderung für nachträgliche Wärmedämmung konnten erhalten werden.
- Auf Initiative der GRÜNEN wurden Klimaschutzteilkonzepte für die städtischen Gebäude sowie für den Bereich Verkehr erstellt.

Aber es gibt auch Rückschläge: Seit der Bildung der großen Koalition Ende 2012 gibt es ein Roll-Back in Bezug auf den Klimaschutz in Detmold:

- Die 2009 eingeführte Verpflichtung, private Neubauten in B-Plan-Gebieten im Passiv-Haus-Standard zu errichten, wurde durch mehrheitlichen Ratsbeschluss 2013 wieder aufgehoben.
- Ein vom Klimabeirat gefordertes Konzept zur Klimafolgenvorsorge wie z.B. Starkregenereignisse oder Vorsorge bei sommerlichen Hitzeperioden wurde vom Rat abgelehnt.
- Ein früher sehr erfolgreiches Projekt „Energiesparen macht Schule“ wurde eingestellt und mögliche Fördermittel des Bundes hierzu werden nicht abgerufen.

Dieses Roll-Back zeigt, dass örtlicher Klimaschutz nicht von selbst kommt; er erfordert vielmehr viel bürgerschaftliches Engagement, politischen Druck und starke GRÜNE im Rat.

2.3.1 Energiewende ist gelebte Demokratie

Den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen kommt bei der Energiewende eine große Bedeutung kommt zu. Denn durch die Errichtung von Eigenstromanlagen (Photovoltaik und Blockheizkraftwerke) kann teurer Strombezug vermieden werden. Stromerzeugung und Stromverbrauch fallen zusammen. Hierdurch wird der noch in zentralen Kraftwerken zu erzeugende Strom verringert. Die Verbraucher sind damit ihre eigenen Energieversorger. Zudem wird Energie durch effiziente Technik vor Ort erzeugt, so dass lange Transportleitungen überflüssig werden. Gleichzeitig kann der Verbrauch selbst durch angepasstes Verhalten und effiziente Produktionsprozesse verringert werden.

Wir treten dafür ein, dass

- verbrauchernahe Erzeugeranlagen wie Photovoltaik und Blockheizkraftwerke (BHKW) verstärkt errichtet werden.
- die Stadtwerke eine offensive Beratung für Energieeinsparung und dezentrale Erzeugeranlagen durchführen.
- größere Anlagen zur Energiespeicherung in Detmold zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie örtlichen Unternehmen entwickelt und realisiert werden.

2.3.2 Stadtwerke-Versorgung von uns für uns

Die Stadtwerke Detmold sind das zentrale Element der Energiewende in Detmold. Als unabhängiger Produzent, Einkäufer und Verteiler von Strom, Wärme, Gas und Wasser können sie im Gegensatz zu den Energieriesen wie Eon und RWE ohne Berücksichtigung von Aktionärsinteressen und ohne fossile und atomare Kraftwerksaltlasten die Energiewende lokal gestalten.

Die Stadtwerke haben ein eigenständiges Klimaschutzprogramm beschlossen und setzen es konsequent um. Wir rufen daher

alle Detmolder Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen dazu auf, Kunden bei den Stadtwerken zu bleiben und so die örtliche Energiewende zu stärken.

Die Stadtwerke entlasten durch ihre Gewinne, Gewerbesteuer und Konzessionsabgabe den städtischen Haushalt und können zur sozialen Begleitung der Energiewende beitragen.

Einen Verkauf oder auch Teilverkauf der Stadtwerke lehnen wir ab und werden ihn mit allen zu Verfügung stehenden Mitteln verhindern.

Wir treten dafür ein, dass

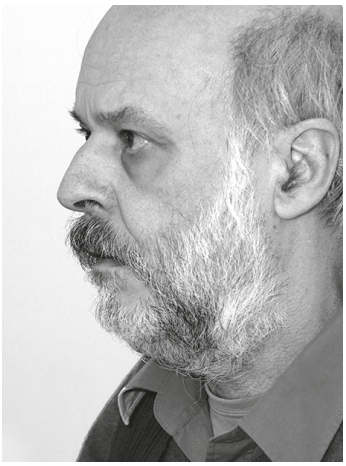
- die Stadtwerke den eingeschlagenen Weg zur Reduzierung der CO_2-Emissionen und des Ausbaus erneuerbarer Energien und der Wärmeversorgung fortsetzen.
- der Energiebezug der Stadtwerke möglichst aus klimaschonenden Quellen erfolgt.
- die Stadtwerke als kommunales Unternehmen der Stadt Detmold erhalten bleiben.
- die Stadt Detmold die derzeit im Besitz von RWE und WWE befindlichen Anteile von jeweils 12,45% an den Stadtwerken baldmöglichst zurückkauft.

2.3.3 Energiewende konkret gestalten

Die Weiterentwicklung und der Einsatz regenerativer Energien ist Kernelement der Energiewende. Die kommunale Ebene bietet, gestützt durch starke Stadtwerke, eine gute Voraussetzung für dezentrale Strategien der Stromerzeugung und Stromspeicherung. Die bauliche Struktur der Stadt Detmold mit städtisch und ländlich geprägten Bereichen bietet die Möglichkeit zur Nutzung von Wind, Wasser, Sonne und Biomasse.

Die Entwicklung dezentraler Speichermöglichkeiten für regenerative Energien wird

zukünftig vor allem auf der kommunalen Ebene realisierbar sein.



Michael Brieden-Segler
59 Jahre,
Energieberater,
Listenplatz 14,
Wahlbezirk 17
Hiddesen Süd und Ost

Wir treten dafür ein, dass

- die Bauleitplanung und die Anwendung des Bauplanungsrechts zu möglichst effektivem Klimaschutz führen.
- die Bürgerinnen und Bürger in die Suche nach möglichen Standorten für Windanlagen sowie die Realisierung der Anlagen einbezogen werden.
- die Stadt weiterhin Dachflächen z.B. von Schulen und Sporthallen für Investoren zum Aufbau von Photovoltaikanlagen zur Verfügung stellt.
- die Entwicklung und Anwendung dezentraler Speichertechniken unterstützt wird.

2.3.4 Klimaschutzkonzept weiterentwickeln

Das Detmolder Klimaschutzkonzept stammt aus dem Jahr 2009 und ist dringend überarbeitungsbedürftig. So enthält es bisher keine Beschlüsse zum Klimaschutz im Bereich Verkehr, im Gewerbe und zur Klimafolgenabschätzung. Zudem gibt es bis heute keine aktuelle Bestandsaufnahme, wie sich die CO_2-Emissionen in Detmold in den letzten Jahren entwickelt haben und ob die ergriffenen Maßnahmen zielführend sind.

Die von den GRÜNEN geforderten Maßnahmen in der Stadtentwicklung, beim Verkehr, der Energie und der Ökologie in

Detmold enthalten wichtige Bausteine und Elemente zur CO_2-Reduzierung und zum Klimaschutz. Sie sind als Bestandteil einer globalen Strategie gegen die Erderwärmung unverzichtbar.

Die globalen Maßnahmen zur CO_2-Reduzierung sind zögerlich und unzureichend, außerdem wird ihre Wirkung zeitverzögert einsetzen. Daher muss auf der kommunalen Ebene Vorsorge gegen die Folgen einer heute nicht quantifizierbaren Erderwärmung und eines damit verbundenen Klimawandels getroffen werden. In der kommenden Wahlperiode des Rates werden daher Fragen des Hochwasserschutzes, der Katastrophenvorsorge aber auch der Anpassung von Menschen, Pflanzen und Tieren an sich verändernde Bedingungen an Bedeutung gewinnen.

Deshalb treten wir dafür ein, dass

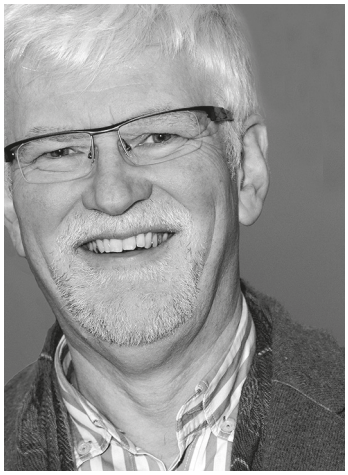
- das Klimaschutzkonzept überarbeitet und auf einen der heutigen Diskussion entsprechenden fachlichen Stand gebracht wird.

2.4. Die Natur kann auch ohne uns

„Wir haben diese Erde von unseren Kindern nur geborgt.“ Dieses Motto aus den Anfängen der GRÜNEN bestimmt auch noch heute unsere Verantwortung gegenüber der Umwelt. Jahrzehnte des Umweltschutzes haben unsere Flüsse reiner, unsere Luft sauberer und viele Biotope und Tierarten sicherer gemacht.

Aber der Flächenverbrauch, die Zerstörung von Lebensräumen und das Artensterben sind nur verlangsamt. Naturschutz und nachhaltiger Umgang mit dem Boden und seinen Schätzen sind auch heute ein zentrales Handlungsfeld GRÜNER Kommunalpolitik.

Weite Teile des Detmolder Stadtgebiet sind landwirtschaftlich geprägt. Eine an vielen Stellen noch erhaltene Kulturlandschaft wird von Wäldern, Feldgehölzen und Bä-



Walter Neuling
61 Jahre,
Landschaftsarchitekt / Kulturdezernent,
Listenplatz 3,
Wahlbezirk 6
Sparkasse / Stadtgymnasium
Bürgermeister-kandidat

chen gegliedert. Im Süden der Stadt erhebt sich der Teutoburger Wald mit seinen ökologisch hochwertigen Buchenwäldern im Übergang zur Senne.

Der ökologische Wert der innerstädtischen Freiflächen und des Grüns in der Stadt hat in den letzten Jahren durch Politik und Verwaltung eine geringe Wertschätzung erfahren. Die Entwicklung dieser Elemente für die Aufenthalts- und Lebensqualität in der Stadt, aber auch für die Klimaanpassung, die Biodiversität und den Artenschutz sind wichtige Anliegen GRÜNER Politik für die nächsten Jahre.

2.4.1 Den Wert aller Lebewesen achten

Wir wollen die Vielfalt der Natur und den Reichtum ihrer Arten flächendeckend schützen und für die nachfolgenden Generationen erhalten. Dabei spielt die Vernetzung von Lebensräumen und eine an den Zielen der Biodiversität ausgerichtete Planung und Nutzung der öffentlichen Flächen eine wichtige Rolle.

Wir treten dafür ein,

- die Bemühungen zur Schaffung eines Nationalparks in der Senne und den angrenzenden Buchenwäldern des Teutoburger Waldes fortzusetzen.
- keine Infrastrukturprojekte durchzuführen, die zu einer Beeinträchtigung schutzwürdiger Lebensräume und ih-

rer Umgebung beitragen, wie ein Wanderkreuz auf der Inselwiese, die Überdachung der Waldbühne oder die Anlage einer Sommerrodelbahn im Wald.
- ein Pflegekonzept für städtische Freiflächen zu entwickeln, das sich am Ziel der Vernetzung von Lebensräumen, Artenvielfalt und Biodiversität orientiert.
- die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung in der Bauleitplanung konsequent anzuwenden und umzusetzen.
- den „Rolfschen Hof“ als Bildungseinrichtung und Stützpunkt des ehrenamtlichen Engagements im Naturschutz auf Dauer zu erhalten.
- die Arbeit des Tierheims Detmold und insbesondere die Aktivitäten zur Lösung der durch freilaufende Katzen verursachten Probleme zu unterstützen.

2.4.2 Wasser ist Leben

Der Schutz des Grundwassers als Trinkwasserquelle ist zentrales Anliegen der Umweltpolitik. Der Eintrag von Fremdstoffen ins Grundwasser durch Landwirtschaft, Altlasten oder Bauvorhaben muss unbedingt vermieden werden. Andererseits muss die Grundwasserneubildung durch Vermeidung von Versieglung und geeignete Versickerungsstrategien gefördert werden. Auch trägt eine verstärkte Regenwassernutzung als Brauchwasser zum Schutz der Wasserreserven bei.

Wir treten dafür ein,

- dass die grundwassergefährdende Technik des „Fracking“ konsequent abgelehnt wird.
- ein Regenwasserbewirtschaftungskonzept zu entwickeln, das Anreize zur Nutzung und Versickerung von Regenwasser vorsieht.
- vor Sanierung oder Neubau von Regenwasserkanälen alle Möglichkeiten der Versickerung und ortsnahen Nutzung des Regenwassers zu prüfen.
- öffentliche Flächen verstärkt zu entsiegeln.
- dass die Stadtwerke ihre intensiven Wassersparberatungen fortsetzen und eine verbrauchsabhängige Wasserabrechnung in Mehrfamilienhäusern vorantreiben.

Die Bäche und kleinen Flüsse im Stadtgebiet sind Lebensräume und Vernetzungslinien für Pflanzen und Tiere, sie prägen das Bild unserer Kulturlandschaft. Im Hochwasserfall können sie aber auch zur Gefahr werden. Wir werden konsequent den Weg der Renaturierung und Schaffung von Retentionsräumen fortsetzen. Damit können die Ziele der Biotopentwicklung und des Hochwasserschutzes miteinander verbunden werden.

Wir treten dafür ein, dass

- die Renaturierungsmaßnahmen an Bächen und Flüssen fortgesetzt werden.
- ein Bauverbot in überschwemmungsgefährdeten Bereichen eingehalten wird.
- durch eine naturnahe Gestaltung in der Wiembecke-Aue Überflutungsflächen geschaffen werden und so der Bau eines Rückhaltebeckens bei Hornoldendorf mit massivem Damm und Straßenbau überflüssig wird.

2.4.3 Wertvolle Rohstoffe sichern

Um die ökologischen Grenzen unseres Planeten nicht weiter zu verletzen, müssen wir den Ressourcenverbrauch reduzieren. Wir können dies über verringerten Verbrauch und besseres Recycling. Beides ist stark vom persönlichen Verhalten und bundesrechtlichen Vorgaben abhängig. Auf der kommunalen Ebene ist die Abfallwirtschaft eine wichtige Stellschraube. Wir stellen nicht ohne Stolz fest, dass insbesondere durch beharrliches Arbeiten der GRÜNEN heute eine Reduzierung und Trennung der Müllmengen in einer Weise selbstverständlich geworden ist, die vor 30 Jahren niemand für möglich hielt. Auf der anderen Seite „erfinden“ wir laufend neue Müllquellen. So wurden im letzten Jahr in Deutschland 4000 Tonnen Kaffeekapseln entsorgt und damit wertvolle Rohstoffe verschwendet.

Wir treten dafür ein,

- dass die Abfallentsorgung in städtischer Hand und damit unter öffentlicher Kontrolle verbleibt und weiterhin auf Basis der Abfallverwiegung arbeitet.
- dass durch entsprechende Werbung, Aufklärung und organisatorische Maßnahmen die Recyclingquote bei Elektronikschrott und wertvollen Metallen erhöht wird.
- dass die Rahmenbedingungen für Reparatur- und Pfandsysteme verbessert werden.
- dass der Einzelhandel und die Marktstände in Detmold weitestgehend auf die Plastiktüte verzichten.

2.4.4 Essen und Trinken regional und ökologisch

Wir GRÜNE stehen für eine regional verankerte und ökologische Landwirtschaft. Dabei stehen für uns in Detmold die Erhaltung der wertvollen Böden im Stadtgebiet, die lokale Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte und die Förderung des ökologischen Angebots im Vordergrund. Wir lehnen Massentierhaltung und einen monostrukturierten Anbau insbesondere von Mais ab. Wir wollen regionale Netzwerke bei Produktion und Vertrieb von Lebensmitteln stärken.

Wir treten dafür ein,

- die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für Bauzwecke so gering wie möglich zu halten, aber auch zu prüfen, ob durch sinnvolle Aufgabe nicht mehr genutzter landwirtschaftlicher Wege zusätzliche Flächen gewonnen werden können.
- dass bei der Bewirtschaftung von Kantinen und Mensen die Verwendung lokaler Produkte bevorzugt wird.
- dass regionale Wirtschaftsverbünde wie „Lippe Qualität“ und ökologische Projekte wie die „Solidarische Landwirtschaft Dalborn“ gestärkt und unterstützt werden.

3. Für Kinder und Jugendliche in Detmold den Weg frei machen

3.1. Lebenslanges Lernen sichert die Zukunft unserer Stadt

Lebenslanges Lernen ist lebensbegleitendes Lernen. Lernen ist somit nicht auf die Bereiche Schule, Ausbildung und Studium begrenzt. Lebenslanges Lernen bedeutet Lernen im Lebenslauf und bedeutet, dass alle Menschen ihre Fähigkeiten in allen Lebensphasen ausbilden und weiterentwickeln können. Die Sicherung lebenslanger Lernmöglichkeiten beginnt in der frühkindlichen Bildung in den Kindertagesstätten, geht über das schulische Angebot, wird gestützt von Maßnahmen der Jugendhilfe, wird zusätzlich gefördert von Bildungseinrichtungen wie der Musikschule und der Stadtbücherei und endet schließlich in Angeboten der Erwachsenenbildung, die die Volkshochschule vorhält.

Michael Conrad
46 Jahre,
Lehrer,
Listenplatz 8,
Wahlbezirk 14
Remmighausen

In der letzten Legislaturperiode hat der Bürgermeister die Strukturen in der Verwaltung verändert. Dabei ist der eigenständige Fachbereich „Schule“ abgeschafft worden. Gegen den Willen der GRÜNEN sind die Bereiche Volkshochschule, Stadtbücherei und Musikschule aus dem Bildungsbereich herausgenommen und dem Fachbereich Kultur zugeordnet worden. Außerdem werden die

Schulgebäude nicht mehr im Schulbereich verwaltet.

Dieses widerspricht unserem kommunalen Bildungsverständnis. Ausschlaggebend für die Umstrukturierung waren nicht inhaltliche, sondern organisatorische und vor allem personelle Gründe. Wir begrüßen allerdings die gleichzeitig vorgenommene organisatorische Zusammenfassung von Schule und Jugendhilfe in einem Fachbereich.

Wir treten jedoch weiter dafür ein, dass

- die lebenslange Bildung in Detmold auch in der Verwaltung ganzheitlich gesehen wird. Dazu gehört ein politisch gewählter Beigeordneter für Schule, Jugend und Soziales.
- die Vernetzung von Schule und Jugendhilfe intensiviert wird.
- die außerunterrichtliche Bildung durch Kooperation aller städtischen Einrichtungen gestärkt wird (z.B. Angebote der Musikschule und der Volkshochschule im Rahmen des Ganztages der Schulen).

3.1.1. Bildung beginnt in der Kita

Die besondere Bedeutung frühkindlicher Bildung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen wird in Gesellschaft und Politik verstärkt wahrgenommen. Die Detmolder GRÜNEN stehen für eine familienfreundliche Kommunalpolitik, die besonders für Eltern jüngerer Kinder ein verlässliches, qualitativ hochwertiges und finanzierbares Betreuungsangebot vorhält. Seit dem 01. 08. 2013 gibt es einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder auch unter drei Jahren. Der Ausbau der Kindertageseinrichtungen für eine angemessene Betreuung der „ganz Kleinen“ bedeutete für die Kommune trotz der Förderung durch das Land einen Kraftakt. Wir begrüßen es, dass in Detmold bedarfsgerecht Plätze gerade für diese Altersgruppe geschaffen wurden und die Versorgungsquote in unserer Stadt die Landesvorgaben übersteigt.

Jedoch kann es im Bereich der frühkindlichen Förderung und Bildung nicht nur um Platzzahlen und Quoten gehen. Die Detmolder GRÜNEN fordern in ihrer Kinder- und Jugendpolitik ausdrücklich die Qualitätssicherung und -entwicklung. Gerade bei der Vielfalt der Träger, die für die Kindertageseinrichtungen verantwortlich sind, ist es uns wichtig, dass in den Einrichtungen nach kommunal abgestimmten Qualitätsmerkmalen gearbeitet wird. Diese Forderung hat dazu beigetragen, dass mit allen Trägern der von der Stadt Detmold geförderten Tageseinrichtungen gemeinsame Ziele und Qualitätskennzahlen entwickelt und vereinbart wurden.

Zur Sicherung einer bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung in Detmold setzen wir uns ein für

- ein Qualitätsmanagement in kommunaler Verantwortung und das Angebot regelmäßiger Fortbildung für Erziehungskräfte.
- eine konsequente Einbeziehung der Eltern.
- eine Konzeptentwicklung in allen von der Stadt Detmold geförderten Einrichtungen, die den Anforderungen der frühkindlichen Bildung, der Sprachförderung, der Inklusion und der Demokratieförderung gerecht wird.
- den bedarfsgerechten weiteren Aus- und Umbau der Betreuungsplätze bei Sicherung der personellen Kontinuität in den Einrichtungen.
- eine Anpassung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten zur Unterstützung eines zeitgemäßen Familienlebens.

3.1.2. Detmolds Schulstruktur leistungsfähig weiterentwickeln

Wie schon in den vergangenen Legislaturperioden werden sich die GRÜNEN auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Detmolder Schulen räumlich, sächlich und personell gut ausgestattet sind. Wir werden weiterhin die Möglichkeiten des Schulträ-

gers nutzen, um gleiche Entwicklungs- und Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler zu erreichen.

Der Schulkonsens in NRW macht es möglich, mehr Schulen mit längerem gemeinsamem Lernen zu schaffen.

Dirk Brinkschmidt
38 Jahre,
Lehrer,
Listenplatz 4,
Wahlbezirk 16
Heiligenkirchen

Eine Arbeitsgruppe in der letzten Legislaturperiode scheiterte an der CDU und der SPD, die beide eine Elternbefragung zur Schaffung einer Sekundarschule als weiterer integrierter Schulform ablehnten.

Die Angst vor Veränderung prägt deren Handeln!

Die demografische Entwicklung gefährdet einzelne Grundschulen. Damit in den Ortsteilen die Grundschulstandorte erhalten bleiben, unterstützen wir die Bildung von Grundschulverbünden.

Es gilt aber auch, die vorhandenen Schulgebäude angemessen zu sanieren. Durch das Konjunkturpaket II wurden einige Gebäude saniert, aber in vielen Gebäuden gibt es weiterhin einen Renovierungsstau. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Schule nicht nur als Lern- sondern auch als Lebensraum gestaltet wird.

Wir treten dafür ein, dass

- neben der Gesamtschule weitere Schulen mit längerem gemeinsamen Lernen in Detmold geschaffen werden.
- zusätzliche Gelder zum Erhalt und zur Renovierung der Schulgebäude zur Verfügung gestellt werden.

Friedhelm Böger
60 Jahre,
Lehrer,
Listenplatz 12,
Wahlbezirk 10
Bentrup / Klüt

3.1.3. Ganztagsschulen ausbauen

Ein wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Chancengleichheit ist die Schaffung von Ganztagsschulen. In ihnen ist eine intensivere individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler möglich. Dadurch werden die Eltern entlastet. Der Erfolg der Schülerinnen und Schüler ist weniger von den Unterstützungsmöglichkeiten der Eltern abhängig. Dazu kommt, dass im Ganztag eine neue Strukturierung des Schultages dem größer werdenden Aufgabenspektrum der Schulen besser gerecht werden kann.

Wir haben in den vergangenen Jahren mit dafür gesorgt, dass alle Detmolder Grundschulen einen offenen Ganztag (OGS) anbieten.

In der vergangenen Legislaturperiode haben die GRÜNEN intensiv an der Untersuchung und Beratung der Qualitätsstandards der Offenen Ganztagsschulen mitgearbeitet. Damit die OGS ihrem Bildungsauftrag besser nachkommen können und insbesondere die individuellen Fördermöglichkeiten verbessert werden, wurden neue Vereinbarungen mit den Trägern über Ziele und Qualitätskennzahlen geschlossen und der hohe Zuschussanteil der Stadt bleibt erhalten.

Einige Schulen bieten die OGS als gebundenen Ganztag an, indem jeweils eine gesamte Klasse verbindlichen Ganztagsunterricht hat. Diese kindgerechte Rhythmisierung des Schultages soll unter dem Aspekt der gleichen Bildungschancen für alle weiter ausgebaut werden.

Wir begrüßen den Schritt des Leopoldinums und der Realschule I den Ganztag einzuführen.

Der längere Schultag der Kinder und Jugendlichen macht es aber auch notwendig, die bisherigen Konzepte der Jugendarbeit in den Jugendzentren und auch den Sportvereinen zu überarbeiten und sie den neuen schulischen Gegebenheiten anzupassen.

Deshalb treten wir ein für

- die Schaffung der räumlichen und personellen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Leben und Lernen in den Ganztagsschulen.
- gebundenen Ganztag an allen weiterführenden Schulen in Detmold.
- die Weiterentwicklung der OGS zu „echten“ Ganztagsschulen.
- die inhaltliche und organisatorische Verbesserung der OGS hin zu mehr individuellen Fördermöglichkeiten.
- eine bessere Vernetzung der Bereiche Schule und Jugendarbeit.

3.1.4. Schulsozialarbeit verbessern

Die Schule ist für die Schülerinnen und Schüler nicht nur Lern- sondern auch Lebensort. Somit kommen die Kinder und Jugendlichen nicht nur als Lernende, sondern bringen *auch* ihre vielfältigen persönlichen Bedürfnisse und Lebenserfahrungen in den Schulalltag ein. Schule als Ort für Bildung und Lebensplanung und –bewältigung gleichermaßen benötigt eine verstärkte Zusammenarbeit von Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften. Die Schule von heute kann ihren umfänglichen Bildungs- und Unterstützungsaufgaben nur nachkommen, wenn auch die Schulsozialarbeit verbindlich bereitgestellt und konzeptionell verankert ist.

Seit mehreren Jahren fordern wir eine städtische Schulsozialarbeit in allen weiterführenden Schulen. Unter diesem Druck haben die Mehrheitsfraktionen nun endlich beschlossen, dass die Verwaltung ein Konzept zur Schulsozialarbeit an den weiterführenden Schulen erstellt. Darüber hinaus ist eine verstärkte Verlagerung der städtischen Jugendarbeit in den Bereich der Ganztagsschulen, insbesondere auch in die OGS-Gruppen, notwendig.

Wir treten ein für

- die Vernetzung von Schule und Jugendarbeit.
- den Ausbau einer Unterstützungskultur durch Schulsozialarbeit an allen weiterführenden Schulen.
- zusätzliche Schulsozialarbeit an den Grundschulen.

3.1.5. Inklusion voranbringen

Inklusion in der Schule bedeutet, dass alle Kinder und Jugendlichen ein einer Schule gemeinsam lernen und entsprechend ihrer Begabungen und Fähigkeiten möglichst individuell gefördert werden. Ab dem Schuljahr 2014/15 haben Eltern von Kindern mit Behinderungen das Recht zu wählen, ob ihr Kind in einer Förderschule oder einer allgemeinen Schule unterrichtet werden soll. Zurzeit besucht der bei weitem überwiegende Teil der Kinder mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf in Nordrhein-Westfalen eine Förderschule. Es ist aber davon auszugehen, dass in Zukunft immer mehr Eltern von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und das gemeinsame Lernen in einer allgemeinen Schule wünschen.

Seit über 20 Jahren gibt es in Detmold das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung in einzelnen Grundschulen und in der Gesamtschule.

Monika Ostmeier
49 Jahre,
Lehrerin,
Listenplatz 5,
Wahlbezirk 7
Kreishaus

Wir haben das gemeinsame Lernen von Anfang an unterstützt und die städtische Begleitung mit Personal und Sachmitteln gefordert und durchgesetzt. In Zukunft werden sich mehr Detmolder Schulen der Herausforderung des gemeinsamen Lernens stellen müssen. Es ist eine kommunale Aufgabe, die Schulen hierbei zu unterstützen und mit der Bereitstellung sächlicher, personeller und räumlicher Mittel gute Gelingensbedingungen zu schaffen. Unserer Meinung nach kann das gemeinsame Lernen und Leben in so großer Vielfalt an den allgemeinen Schulen nur gelingen, wenn dort eine verlässliche multiprofessionelle Zusammenarbeit von Lehrkräften, Sozialarbeiterinnen und -arbeitern stattfindet. Besonders vor dem Hintergrund des Ganztages müssen hierfür auch die Konzepte der außerschulischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen überarbeitet und stärker in den schulischen Bereich verlagert werden.

Wir treten ein für

- den bedarfs- und qualitätsorientierten Ausbau des gemeinsamen Lernens.
- die konsequente Einbeziehung aller Schulformen der Sekundarstufe I in den Entwicklungs- und Ausbauprozess.
- die weitere Unterstützung des gemeinsamen Lernens durch die Stadt.
- die Entwicklung eines Verständnisses von Schule als Lern- und Lebensort, an dem alle Kinder inner- und außerhalb des Unterrichts angemessen und erfolgreich gefördert und unterstützt werden.

3.2. Politik für Jugendliche – von Jugendlichen

3.2.1. Detmold aktiv mitgestalten

Die GRÜNEN in Detmold setzen sich für eine Jugendpolitik ein, die nicht nur für Jugendliche, sondern von Jugendlichen gemacht wird. Die GRÜNE JUGEND in Detmold mischt sich aktiv in die Kommunalpolitik ein und verschafft den Interessen von Jugendlichen Gehör. Die Beteiligung an Beschlüssen ermöglicht eine aktive Mitgestaltung der kommunalen Entwicklungen und stärkt unsere Demokratie.

Wir treten ein für

- die Mitwirkung von jungen Menschen bei der Fortschreibung des kommunalen Kinder- und Jugendförderplans.
- die Mitwirkung von jungen Menschen bei kommunalpolitischen Entscheidungen, insbesondere bei der Gestaltung eigener Lebensräume wie Schulen, Spielplätzen und Innenstadt.

3.2.2. Chancen bieten und nutzen

Das Jugendamt der Stadt Detmold hat die Aufgabe, die örtliche Jugendhilfe in kommunaler Selbstverantwortung zu planen und zu fördern. Die Jugendhilfe hat unter anderem den Anspruch, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen. Neben den zahlreichen Vernetzungen im Bereich der Schulen ist für uns besonders die Jugendarbeit als ein eigenständiger Sozialisationsbereich wichtig. Junge Menschen benötigen auch außerhalb der Schule Partner und Anlaufstellen, um ihre Freizeit zu gestalten und in Problemlagen Unterstützung zu erhalten. Sie benötigen Räume, um unter sich zu sein, sich zu treffen, auszutauschen, sich zu entwickeln. Viele Kinder und Jugendliche fühlen sich dem zunehmenden Leistungsdruck durch Schule und Ausbildung nicht gewachsen

Gisela Trompeter
65 Jahre,
Sozialarbeiterin,
Listenplatz 7
Wahlbezirk 13
Spork-Eichholz

und erleben dabei häufig die Gleichsetzung von Leistungsfähigkeit und Persönlichkeit. Die Folgen können von einer Herabsetzung des Selbstwertgefühls bis hin zu Aggression und erhöhter Gewaltbereitschaft reichen. In diesem Zusammenhang stellen die Freizeit- und Unterstützungsangebote der Detmolder Streetworker und der Jugendzentren verlässliche Anlaufstellen dar.

Wir treten ein für

- Jugendzentren, die sowohl offene und auch themengebundene Angebote vorhalten, die für Jugendliche mit unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Bildungswegen und unterschiedlichen Interessen attraktiv sind.
- die Unterstützung für Formen der Selbstorganisation, um jungen Menschen mehr Teilhabe zu ermöglichen.
- eine aufsuchende Jugendarbeit, die auf junge Menschen in schwierigen Situationen aktiv zugeht.
- eine Evaluation der Angebotsstruktur der Jugendzentren, besonders unter den Kriterien der Interessensorientierung, Vielfältigkeit und Beteiligungsmöglichkeiten.

3.2.3. Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen fördern

Mädchen und Jungen befinden sich in unterschiedlichen Lebenslagen. Bei allen Entscheidungen und Maßnahmen sind wir uns darüber im Klaren, dass sich die Bedürfnisse von Mädchen und Jungen und Frauen und Männern unterscheiden und gesondert berücksichtigt werden müssen. Ein wesentliches Ziel GRÜNER Jugendpolitik ist es, die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern und Benachteiligungen abzubauen.

Obwohl sich in letzten Jahren bereits vieles verändert hat, werden weiterhin oft unbewusst Rollenklischees auf Mädchen und Jungen übertragen. Dadurch entstehen eingeschränkte Sichtweisen auf die Lebensplanung, die Berufswahl und auch den Umgang miteinander. Notwendig wird daher eine geschlechtersensible Jugendarbeit, die neben Angeboten der Mädchenarbeit auch Angebote einer Jungenarbeit vorhält. Beide Bereiche sind auszubauen und nicht gegeneinander zu stellen.

Wir treten ein für

- die konzeptionelle Verankerung der Mädchen- und Jungenarbeit in den Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen.
- den Ausbau der Gewaltprävention mit einem geschlechterdifferenzierten Ansatz, z.B. Ich-Stärkungsprojekte und Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Jungen.
- den Erhalt und Ausbau der Mädchenarbeit mit Angeboten zur Auseinandersetzung mit der Berufswahl und der Lebensplanung mit dem Ziel eines gewaltfreien und selbstbestimmten Lebens (z.B. auch bei Paulines Töchtern e.V.).
- die Entwicklung der Jungenarbeit mit Angeboten zur Auseinandersetzung mit bestehenden Rollenbildern, Lebensplanungen und Berufswahl sowie zur Förderung sozialer Kompetenzen.
- geschlechtssensible Hilfen bei der Be-

rufswahlorientierung, die z.B. auch Mädchen ermutigen, Berufe aus Männerdomänen zu ergreifen oder Jungen ermutigen, Berufe aus den Bereichen Schule, Erziehung oder Pflege zu ergreifen.

4 Eine Stadt für alle – Detmold weltoffen und vielfältig

4.1. Durch soziale Gerechtigkeit Armut bekämpfen

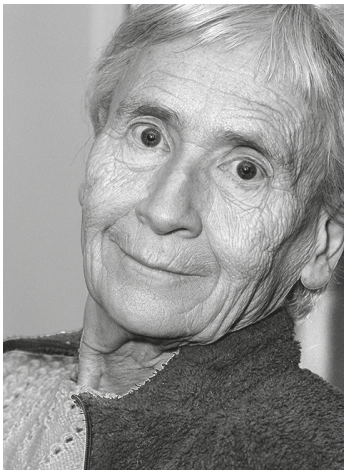
Soziale Sicherheit ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe.

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Trotzdem ist materielle Armut kein Randphänomen, sondern betrifft Millionen Menschen und vor allem Kinder, Ältere und Alleinerziehende. Es ist die Aufgabe aller politischen Ebenen, dieses soziale Ungleichgewicht schrittweise abzubauen.

Die Stabilität und Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft hängt nicht zuletzt davon ab, ob Menschen aus allen sozialen Schichten und Gruppen über substanzielle Chancen verfügen, ihr Leben durch eigene Anstrengungen zu verbessern.

Menschen in prekären wirtschaftlichen Lebensverhältnissen erhalten nur eine Mindestabsicherung durch die sozialen Sicherungssysteme. Deshalb befürworten wir ergänzende Aktivitäten der Kommunen, die effizient und adressatenbezogen zu organisieren sind.

Dabei ist nicht nur die finanzielle Seite zu betrachten. Es ist wichtig, neben finanziellen Leistungen auch das Potenzial und die Fähigkeiten der Menschen zu fördern. Dieses fängt in den Familien, Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen an. Durch die Förderung eigener Fähigkeiten sind Menschen besser in der Lage, Armut vorzubeugen.



Gudrun Rehmann
75 Jahre,
Organistin,
Listenplatz 15,
Wahlbezirk 19
Heidenoldendorf

Wir treten dabei für ein gesellschaftliches Klima ein, in der es eine Wertschätzung der individuellen Erfahrungen und Fähigkeiten jedes Einzelnen auch jenseits des wirtschaftlichen Erfolgs gibt. Gerade auch ältere Menschen möchten ihren Erfahrungsschatz anerkannt und genutzt sehen.

Darum fordern wir, dass die Kommune ihren Spielraum nutzt und Menschen in sozialen Notlagen wie z. B. Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alterarmut, Flucht aus ihrer Heimat oder familiären Notlagen mehr unterstützt.

Materielle Unterstützung und vergünstigte Teilhabeangebote sind hier genau so wichtig wie eine effektive Beratung und Unterstützung durch öffentliche Dienste und Sozialarbeiter.

Wir treten dafür ein,

- die Angebote des „Detmold-Passes“ zu erhalten und situationsbedingt zu erweitern.
- die privaten und kirchlichen Einrichtungen zur Lebensmittelversorgung zu unterstützen („Tafel“).
- die Angebote der „Herberge zur Heimat“ vor allem unter dem Aspekt verlässlicher Angebote für Frauen zu stärken.
- die Bemühungen zum Erhalt des „Kaufhaus Allerhand“ sowohl als kostengünstige Einkaufsgelegenheit als auch als Beschäftigungsträger zu unterstützen.
- die Ausbildungsangebote der Stadt und der städtischen Unternehmen insbe-

sondere auf Jugendliche mit Vermittlungsproblemen zuzuschneiden.
- Hilfestellungen für Erwerbstätige im Bedarfsfall, wie z.B. eine weitere Flexibilisierung der Kita-Öffnung und der Ganztagsbetreuung in den Schulen, aber auch durch ambulante und Kurzzeitpflegdienste für zu pflegende Angehörige zu geben.
- Konzepte zu erarbeiten, die einer zunehmenden Altersisolierung entgegenwirken.

4.2. Energiekosten durch Einsparung sozial gestalten

Steigende Energiepreise führen mittlerweile dazu, dass viele Haushalte Probleme bekommen, die Strom- und Wärmerechnungen noch bezahlen zu können. Betroffen sind vor allem diejenigen, die so viel verdienen, dass sie knapp oberhalb der Hartz-IV-Sätze liegen.

Dem kann dauerhaft nicht durch Sozialtarife entgegengewirkt werden sondern nur dadurch, dass dem entsprechenden Personenkreis Hilfen zur Energieeinsparung gegeben werden. Denn durch angepasstes Verhalten, Strom sparende Geräte und einfache Sparmaßnahmen lassen sich 20 – 30% des Energieverbrauchs in den Haushalten einsparen.

Aber auch Hartz-IV-Empfänger müssen häufig aus wärmesanierten Wohnungen ausziehen, wenn diese zu groß oder in der Kaltmiete zu teuer sind. Dabei sind diese Wohnungen in der Summe oft sehr günstig. Neben dem Verlust an sozialem Umfeld bedeutet dies, dass die Gesamtmiete (Warmmiete) oft nicht billiger wird. Es ist daher widersinnig, dass der Kreis Lippe im Gegensatz zu allen Nachbarkreisen die Anrechnung von Energieeffizienz bei der Wohnraumberechnung dieser Personengruppe nicht berücksichtigt.

Wir treten ein für

- ein Förderprogramm der Stadtwerke für stromsparende Haushaltsgeräte und Energiesparlampen, das sich insbesondere an finanziell schlecht gestellte Personen richtet.
- eine aufsuchende Energieberatung für Strom- und Heizenergieeinsparung in Kooperation von Kreis, Stadtwerken und Stadt sowie den Sozialverbänden.

Karin Schröder
61 Jahre,
Lehrerin i.R.,
Listenplatz 9,
Wahlbezirk 21
Pivitsheide V.H. /
Nienhagen

4.3. Für bessere Erwerbschancen von Frauen und eine Umverteilung der Familienarbeit

Nach wie vor sind Frauen im Berufsleben von wirklicher Gleichberechtigung weit entfernt. Trotz besserer Schulabschlüsse haben sie schlechtere Chancen beim Berufseinstieg. Typische Ausbildungsberufe von Frauen reichen aufgrund der niedrigen Einkommen und der geringem Vollzeitangebote oft nicht zum eigenständigen Leben aus. Die Löhne von Frauen und Männern unterscheiden sich bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit erheblich. Frauen haben immer noch schlechtere Aufstiegschancen. Oftmals tragen sie die Hauptlast der Familienarbeit, haben schlechtere Berufschancen und ein höheres Armutsrisiko. Besonders betroffen sind auch in Detmold Alleinerziehende und Frauen mit Migrationshintergrund.

Mehr Frauen in Führungspositionen sind uns wichtig, aber wir wollen auch, dass Mädchen und Frauen insgesamt bessere Erwerbschancen haben. Dafür müssen Rahmenbedingungen verbessert und Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Wir treten ein für

- die Erweiterung der Berufsorientierung von Mädchen und die Erschließung neuer zukunftsweisender Berufsfelder (z.B. durch die Mädchenmesse, bei der Mädchen gewerblich-technische Berufe kennen lernen, die Unterstützung des Vereins „Paulines Töchter“ und ihrer Mädchenarbeit).
- die Unterstützungs- und Beratungsangebote für Frauen beim Wiedereinstieg nach der Familienphase und der beruflichen Entwicklung, z.B. durch die weitere Absicherung der Regionalstelle FAIR - Frau und Arbeit in der Region -und durch die Angebote zur beruflichen Bildung bei der VHS.
- die Umsetzung des Tariftreuegesetzes, das u.a. die Bevorzugung von Betrieben bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen vorsieht, die Frauenfördermaßnahmen praktizieren und die Einhaltung der tariflichen Regelungen sicherstellen.
- die Schaffung ausreichender, wohnortnaher Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren.
- die Förderung von Ganztagsschulen.
- die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Stadtverwaltung und den städtischen Gesellschaften.

4.4. Für ein gewaltfreies und selbstbestimmtes Leben - für mehr Prävention und Intervention

Gewalt gegen Frauen und Mädchen findet in vielfältiger Weise statt: Diskriminierung und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, sexistische Werbung, verbale Gewalt, Vergewaltigung, Misshandlungen, sexueller Missbrauch. Bedrohung und Gewalt erfahren Frauen und Mädchen vor allem im familiären Nahbereich.

Häusliche Gewalt ist jedoch kein privates Problem der bedrohten Frauen und Kinder. Das Gewaltschutzgesetz bietet den Opfern häuslicher Gewalt mehr Schutz und nimmt staatliche Stellen stärker in die Pflicht, konsequent zugunsten der Opfer einzuschreiten und Täter zur Verantwortung zu ziehen. Voraussetzung ist, dass alle beteiligten Stellen besser zusammenarbeiten. Unsere Forderung nach einem Interventionsprojekt wurde mit dem Bündnis „Für Lippe gegen häusliche Gewalt“ umgesetzt. Die bisher erarbeiteten Vereinbarungen zu einer verbesserten Zusammenarbeit haben sich bewährt.

Gewalt im Namen der Ehre gibt es auch in Detmold. Eine kontinuierliche Aufklärungs- und Präventionsarbeit bei Gewalt im Namen der Ehre ist ebenso notwendig wie eine Verbesserung der Zusammenarbeit aller Beteiligten in Krisensituation und das Sicherstellen der notwendigen Unterstützung und Begleitung der Betroffenen.

In den letzten Jahren haben wir uns erfolgreich für flächendeckende Präventionsangebote an Schulen eingesetzt. Seit vielen Jahren unterstützen wir Frauenprojekte, die Frauen und Kindern Schutz, Hilfe und Unterstützung bei Gewalt bieten. Diese Arbeit braucht auch weiterhin eine verlässliche Unterstützung durch Politik und Verwaltung.

Wir treten ein für

- die Absicherung von Frauenberatungsstellen wie z.B. der Alraune e.V.
- den Fortbestand des Frauenhauses.
- flächendeckende Präventionsangebote in Schulen und Betreuungseinrichtungen für Kinder zum Themenbereich ”sexueller Missbrauch”.
- Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Frauen und Mädchen.

- die Anwendung der Härtefallregelung bei misshandelten, ausländischen Frauen mit ungesicherten Aufenthaltsstatus.
- Anti-Gewalttrainings für gewaltbereite Männer.
- spezifische Beratungs- und Hilfsangebote für Frauen mit Migrationshintergrund, die von Gewalt bedroht sind.
- Präventions- und Informationsangebote für Mädchen, die von Gewalt im Namen der Ehre bedroht sind.
- Angebote für Mädchen in der offenen Jugendarbeit und in der Schule.

4.5. Kinder fördern – Eltern stärken

Nach unserem Verständnis ist Familie dort, wo Kinder sind, unabhängig davon, ob die Eltern verheiratet sind oder nicht, in Patchwork–Familien, in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zusammenleben oder alleinerziehend sind: überall dort, wo von Menschen dauerhaft Verantwortung für Kinder übernommen wird.

Die Familie ist der zentrale emotionale Ort für Jungen und Mädchen, der großen Einfluss auf ihre emotionale und soziale Entwicklung hat. Erziehungsprobleme kennen aber alle Eltern. Deswegen wollen wir die Familienbildung und Erziehungsberatung stärken. Langzeitstudien haben belegt, dass intensive und frühe Elternarbeit deutliche Erfolge für den weiteren Lebensweg der Kinder bringen. In ihrem Lebensumfeld wollen wir junge Menschen stark machen: Es geht uns vor allem um gesellschaftliche Teilhabe und mehr demokratische Mitsprache, um individuelle Förderung und mehr Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen. Unser Ziel ist ein kinder-, jugend- und familienfreundlicheres Klima in Detmold.

Jedes vierte Kind in NRW lebt in einem einkommensschwachen Haushalt. Besonders betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden, kinderreiche Familien und Kinder aus Familien mit Migrationsgeschichte. Damit Kinder aus dem Teufelskreis ererbter Armut herauskommen, muss ihr außerfamiliärer Bildungserwerb von Anfang an gebührenfrei sein: Abschaffung von Kita-Beiträgen, Lernmittelfreiheit an Schulen, kostenloses Mittagessen in Ganztagskindergärten und Ganztagsschulen sind unsere mittelfristigen Ziele. Nur so können soziale Ungerechtigkeiten abgebaut und verhindert werden. Dabei sind diese Maßnahmen nicht nur gerecht, sondern beugen auch eventuell später entstehenden Kosten von Bildungsarmut, fehlender Integration oder nachsorgender Jugendhilfe bzw. Jugendkriminalität vor.

Alle Lebensformen verdienen unsere Unterstützung. Deswegen müssen öffentliche Institutionen dabei mitwirken, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, Erziehungskompetenzen der Eltern zu stärken, Hilfen zur Selbsthilfe zu geben, Kinder und Jugendliche vor Gewalt zu schützen sowie Beratung in Krisen und Konfliktfällen bereitzuhalten.

Wir treten ein für

- den Ausbau und die weitere Absicherung des bestehenden Konzeptes des „Frühwarnsystems“ zur Vermeidung von familiären Notlagen.
- den Ausbau früh einsetzender Hilfen für Familien, um die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken und die Bedingungen für das Aufwachsen der Kinder in der Familie zu verbessern.
- den Ausbau der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch weiteren qualitativen und quantitativen Ausbau der Betreuungseinrichtungen und Ganztagsschulen sowie die Sensibilisierung der Betriebe und des öffentlichen Dienstes für familienfreundlichere Arbeitszeitmodelle.

5. Buntsein als Chance

5.1. Flüchtlinge offen aufnehmen

Niemand verlässt seine Heimat leichtfertig. Menschen, die sich auf einen langen und gefahrvollen Weg in eine ungewisse Zukunft machen, sehen sich dazu gezwungen – oft, weil sie einer verfolgten Minderheit angehören oder sie keinen anderen Ausweg aus ihrer wirtschaftlichen Notlage sehen. Eine menschliche Gesellschaft ist in der Pflicht, Flüchtlinge solidarisch aufzunehmen, ihnen Schutz zu gewähren und sie auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu begleiten.

Viel zu oft jedoch ist die europäische, deutsche und kommunale Flüchtlingspolitik von vermeintlichen Ängsten und Interessen der Bürgerinnen und Bürger hier geleitet. Es ist beschämend für uns alle, dass Flüchtlinge im Auftrag der EU an Europas Außengrenzen abgefangen und zurück in die Wüste oder aufs Meer geschickt werden, wobei viele ihr Leben verlieren. In dieser Praxis der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX sehen wir GRÜNE schwere Menschenrechtsverletzungen. Wir treten ein für eine solidarische Asylpolitik in ganz Europa, wollen die Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen beenden und das im Grundgesetz festgeschriebene Recht auf Asyl angemessen zur Geltung bringen.

Und wir wollen wir mehr dafür tun, dass Flüchtlinge, die zu uns nach Detmold kommen, sich bei uns willkommen fühlen und ihnen die Integration in unsere Stadtgesellschaft erleichtert wird. Dabei wollen wir von Ressentiments geleitete Gettoisierung von Flüchtlingen in Großunterkünften überwinden.

Wir treten dafür ein,

- dass Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht und begleitet werden.
- dass die Stadt ihren Handlungsspielraum zu Gunsten von Flüchtlingen nutzt.
- dass die Stadt weiterhin uneingeschränkt die Flüchtlingshilfe finanziell unterstützt.
- ein gesellschaftliches Klima zu fördern, in dem Migrantinnen und Migranten als Bereicherung wahrgenommen werden.

5.2. Keine Chance dem Rechtsextremismus

Karlheinz Seiler
58 Jahre,
Postobersekretär
i.R., Listenplatz 16,
Wahlbezirk 18
Hiddesen Nord
und West

Rechtsextremismus setzt heute auf Antisemitismus, Leugnung des Holocausts, Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus, Hass auf Menschen mit Behinderungen und Obdachlose, Verfolgung politisch Andersdenkender, antidemokratische Gesinnung und Rassismus.

Die Bekämpfung dieser Gesinnung und die Auseinandersetzung mit den Menschen, die sie vertreten, finden vor allem auch auf der lokalen Ebene durch bürgerschaftliches Engagement aller demokratischen Kräfte statt.

Auf Initiative der GRÜNEN verabschiedete der Rat der Stadt am 27. September 2012 eine Resolution, in der ein gewalttätiger Übergriff auf eine Sinti-Familie verurteilt wurde. Gleichzeitig richtete sie sich gegen eine volksverhetzende Aussage auf einer Internetseite der so genannten „Freien Kräfte Detmold“.

Obwohl die „Heimattreue deutsche Jugend“ (HDJ) seit 2009 bundesweit verboten ist,

dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass einer der Initiatoren / Aktivisten in Berlebeck beheimatet ist. Nach dem Verbot der HDJ sollen immer wieder rechte Aktivisten in Berlebeck Jugendtreffen organisieren. Jeder Einzelne kann und muss deutlich machen, dass er rechtextreme Ideologie und Aktivitäten in der Verwaltung und in der Öffentlichkeit verabscheut. Z.B. hat das „Aktionsbündnis gegen Rechts“ (Berlebeck) seine Zivilcourage unter dem Motto: „Berlebeck bekennt Farbe“ gezeigt, braunes Gedankengut soll hier keine Chance haben.

Wir wollen bürgerschaftliches Engagement gegen die extreme Rechte sowie den Neonazismus aktiv unterstützen.

Wir wollen uns für die Beibehaltung, Förderung und Weiterentwicklung der antifaschistisch geprägten Gedenk- und Erinnerungskultur der Stadt Detmold einsetzen.

Wir treten dafür ein,

- rechtsradikalem Gedankengut überall entgegenzutreten und die gesellschaftliche Sensibilisierung zu stärken.
- die Zusammenarbeit der Stadt Detmold mit der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus beim AKE-Bildungswerk in Vlotho zu verstärken.
- dass Detmold eine weltoffene und gastfreundliche Stadt bleibt, in der Rassismus in jeder Form geächtet wird.

Straßennamen sind ein Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Dabei hat Erinnerungskultur für uns die Aufgabe, u.a. präventiv gegen Demokratiefeindlichkeit und Krieg als Problemlösung einzutreten.

Eine Ehrung Paul von Hindenburgs durch Benennung einer Straße gehört für uns nicht zu einer positiv verstandenen Erinnerungskultur.

In der Ratssitzung der Stadt am 26. September 2013 wurde die Umbenennung der Hindenburgstraße in Hiddesen abgelehnt und dafür die Aufstellung einer Informationstafel beschlossen.

An der Notwendigkeit einer Umbenennung der Hindenburgstraße halten die GRÜNEN jedoch weiterhin fest.

Elke Wittek
49 Jahre,
Inspizientin,
Listenplatz 1,
Wahlbezirk 8
D.-Bonhoeffer-Berufskolleg

5.3. Kultur als Bindeglied der modernen Gesellschaft

Wir befinden uns in einer Zeit gesellschaftlicher Umbrüche. Wir stehen vor großen Aufgaben wie Integration und Inklusion, vor einer notwendigen Energiewende und dem demografischen Wandel. Wir werden verunsichert von sozialer Ungerechtigkeit, Finanzkrise und weltweiten Unruhen.

Wir erkennen neue Wege und Chancen, spüren aber gleichzeitig, wie kompliziert die Welt um uns geworden ist. Wir müssen uns entscheiden, wie die Gesellschaft, in der wir leben wollen, aussehen soll.

Daher brauchen wir die Auseinandersetzung mit gesellschaftsrelevanten Themen und die Auseinandersetzung über unsere Möglichkeiten als Akteure in einer sich wandelnden Gesellschaft.

Kulturelle Institutionen und Veranstaltungen bieten uns hierfür zahlreiche Angebote. Die Themen sind so vielfältig und komplex wie das Leben selbst.

5.3.1. Kulturelle Vielfalt als notwendige Grundlage für Inspiration und Kreativität

Für eine Stadt von der Größenordnung Detmolds gibt es ungewöhnlich viele kulturelle Angebote. Dazu gehören unter anderem Theater, Konzerte, Ausstellungen, Museen, Vorträge und Diskussionsabende. Bei den Veranstaltern und Initiatoren handelt es sich sowohl um große Institutionen mit einem kultur- und/oder bildungspolitischen Auftrag (z.B. Landestheater, Hochschule für Musik, VHS, Freilichtmuseum) als auch um private, engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger (z.B. Kunstmarkt, „Alte Pauline“).

Eine freie bzw. alternative Kunst- und Kulturszene ist ein wichtiger Bestandteil der gesamtstädtischen Kulturarbeit. Daher unterstützen wir weiterhin diese Initiativen.

Wir treten dafür ein, dass

- ein vielfältiges kulturelles Angebot in Detmold erhalten und gefördert wird.
- etablierte und freie sowie alternative Kunst- und Kulturschaffende gleichberechtigt gefördert werden.
- die „Alte Pauline“ an ihrem jetzigen Standort erhalten und gefördert wird.
- ein internationaler Kulturaustausch ermöglicht wird, z.B. durch Städtepartnerschaften und die Förderung von internationalen Kulturvereinen in unserer Stadt.

5.3.2. Kulturelle Teilhabe ist kein Luxusgut, sondern ein menschliches Grundbedürfnis

Die Vielfalt der kulturellen Möglichkeiten ist eine Bereicherung für den Einzelnen und die gesamte Gesellschaft. Die direkte Begegnung mit anderen Menschen bei kulturellen Veranstaltungen, das gemeinsam Gehörte, Gesehene und Erlebte fordert und fördert die Kommunikation. Es entwickeln sich zahlreiche, oft unerwartete Möglichkeiten der Meinungsbildung und des Meinungsaustausches, der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Gestaltung.

Die Beschäftigung mit Kunst oder Kultur ist kein Selbstzweck. Stattdessen werden uns von vergnüglicher Unterhaltung bis zur Auseinandersetzung mit ernsthaften Problemen zahlreiche Möglichkeiten geboten. Kulturelle Veranstaltungen können dazu anstoßen, eigene Standpunkte zu hinterfragen und zu überprüfen. Sie können aber auch die Neugierde auf Unbekanntes oder Fremdes wecken. Wir lernen andere Kulturkreise und kulturelle Traditionen kennen, an denen wir uns reiben, aber für die wir auch Verständnis entwickeln können.

Kulturelle Bildung kann schon früh beginnen, beschränkt sich aber nicht auf die Schulzeit. Sie setzt Hemmschwellen bei der Beschäftigung mit Kunst und Kultur herab. Sie erzeugt Aufmerksamkeit in der Wahrnehmung unserer Umgebung und in der Wahrnehmung unseres Umgangs miteinander.

Dadurch sind wir imstande, Wünsche und Ziele für unsere Gesellschaft zu formulieren und umzusetzen.

Wir treten dafür ein, dass

- Förderprojekte für Grundschulkinder und Jugendliche wie die „Kulturstrolche“ und der „Kulturrucksack“ fortgeführt werden.
- kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche gefördert werden.
- kulturelle Veranstaltungen und Einrichtungen den Bürgerinnen und Bürgern aller Bevölkerungsschichten zugänglich bleiben (z.B. durch Ermäßigungen für Familien und Sozialpassinhaber).
- Veranstaltungen mit freiem Eintritt wie z.B. die Detmolder Sommerbühne oder das Europäische Straßentheaterfestival beibehalten werden.
- die kulturelle Vielfalt unserer Stadt erhalten bzw. ausgeweitet wird, um Angebote für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger zu gewährleisten.
- kulturelle Veranstaltungen gleichermaßen für Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Migrationshintergrund aus-

gerichtet werden, da sie die Integration fördern.
- kulturelle Einrichtungen die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen berücksichtigen.
- kulturelle Bildung für alle möglich ist, um Angebote wahrnehmen zu können.

Diese Kandidatinnen und Kandidaten und unser Bürgermeisterkandidat stehen für die Umsetzung dieses Programms:

01 **Elke Wittek**
(Bez. 8: D. Bonhoeffer-Berufskolleg)

02 **Wulf Herrmann**
(Bez. 1: Innenstadt / Markt)

03 **Walter Neuling**
(Bez. 6: Sparkasse / Stadtgymnasium)
Bürgermeisterkandidat

04 **Dirk Brinkschmidt**
(Bez. 16: Heiligenkirchen)

05 **Monika Ostmeier**
(Bez. 7: Kreishaus)

06 **Karsten Schmeißner**
(Bez. 2: Innenstadt / Nord)

07 **Gisela Trompeter**
(Bez. 13: Spork-Eichholz))

08 **Michael Conrad**
(Bez. 14: Remmighausen)

09 **Karin Schröder**
(Bez. 21: Pivitsheide V.H. / Nienhagen)

10 **Thomas Walkenhorst**
(Bez. 3: Innenstadt / Heidenoldendorf)

11 **Birgit Reher**
(Bez. 22: Pivitsheide V.L. I)

12 **Friedhelm Böger**
(Bez.: 10: Bentrup / Klüt)

13 **Dagmar Reese**
(Bez.: 23 Pivitsheide V.L. II)

14 **Michael Brieden-Segler**
(Bez. 17: Hiddesen Süd und Ost)

15 **Gudrun Rehmann**
(Bez.: 19: Heidenoldendorf I)

16 **Karlheinz Seiler**
(Bez.: 18: Hiddesen Nord und West)

17 **Thomas Enzensberger**
(Bez.: Musikhochschule)

18 **Iradj Motadel**
(Bez.: 4: Innenstadt Nord-Ost)

19 **Jan Schmelter**
(Bez.: 12: Mosebeck /Diestelbruch)

20 **George Plaschke**
(Bez.: 9: Jerxen-Orbke)

21 **Dieter Münchhalfen**
(Bez.: 11: Hakedahl)

22 **Thomas Fuest**

23 **Frank Niebuhr**
(Bez.: 20: Heidenoldendorf II)

24 **Sabine Segler**

Adressen von

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Ortsverband Detmold und Ratsfraktion Detmold

Meierstr. 17
32756 Detmold

Tel.: 05231-390766

www.gruene-detmold.de
E-Mail: gruene-detmold@web.de

Kreisverband Lippe

Paulinenstr. 89
32756 Detmold

Tel.: 05231/9621593

www.gruene-lippe.de
E-Mail: buero@gruene-lippe.de

Fraktion im Kreistag

Felix-Fechenbach-Str. 5
32756 Detmold

Tel.: 05231-62405

Impressum

Herausgeber:

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Ortsverband Detmold

Meierstr. 17
32756 Detmold

V.i.S.d.P.:
Walter Neuling, Elke Wittek,
Dirk Brinkschmidt